

Rede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir können über politische Bewertungen streiten.

Aber über Zahlen nicht.

Zahlen lügen nicht – und sie zeigen uns sehr klar, ob eine Gemeinde solide wirtschaftet oder finanzpolitisch vom Kurs abkommt.

Und genau das tun die Zahlen im vorliegenden Haushaltsentwurf.

Sie zeigen: Wir müssen handeln.

Dieser Entwurf steuert unsere Gemeinde gerade sehenden Auges in stürmische See.
Und ja – das Ruder herumzureißen ist unbequem.
Deshalb muss es nun auch die Gemeindevorvertretung richten.

Und mir ist durchaus bewusst, dass im anstehenden Wahlkampf von manchen Leuten in den nächsten Monaten behauptet wird: "Wir können dieses und jenes nicht umsetzen, weil die böse SPD uns das Geld gestrichen hat". Also alles wie immer. Denn, wenn ich hier manchmal sitze und zuhöre, scheint man das Bild zeichnen zu wollen, dass Andreas Schulz wohl der schlechteste Bürgermeister aller Zeiten war. So schlecht, dass er in fünf Amtszeiten 8 Mio Euro Schulden abgebaut und 9 Mio Euro Rücklage hinterlassen hat.

Und mit diesem Entwurf? Stünden wir Ende 2027 nach nichtmal einer Amtszeit ohne Andreas Schulz wieder bei 8 Mio Euro Schulden. Mindestens.

Klar, wir als SPD könnten es uns einfach machen. Uns zurücklehnen und sagen: Es ist Wahlkampf. Wir versprechen allen alles; wir geben das Geld großzügig aus. Wir bieten keine Angriffsfläche, damit uns niemand zum Sündenbock machen kann, wenn Dinge mal wieder nicht umgesetzt werden.

Aber: Meine Fraktion übernimmt Verantwortung für unsere Gemeinde und für das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger.

Niemand von uns kann dauerhaft über die eigenen Verhältnisse leben. Wir alle haben Fixkosten - Miete, Müll, Strom, Wasser und Abwasser, Versicherungen.

Und was passiert, wenn unsere Miete und unsere Stromkosten stärker steigen als unser Gehalt? Richtig. Wir müssen woanders sparen. Vielleicht kann man dann nicht mal eben zwei Mal im Jahr in den Urlaub nach Italien fahren; man kann nicht Gäste für 15.000 Euro im Jahr bewirten. Bisschen weniger Süßes, weniger Ausflüge und Kino und mehr Besinnung aufs Wesentliche. Wir alle müssen das tun. Und ja, das macht keinen Spaß. Aber wenn man

in schlechten Zeiten nicht sparsamer lebt, dann schlittert man über kurz oder lang in die Privatinsolvenz. Wir können eben nur das Geld ausgeben, das wir haben.

Man muss sich vorstellen: Als die Verwaltung den Haushalt für 2026 aufgestellt hat, war der Jahresabschluss 2024 ja noch gar nicht fertig. Man wusste also nicht, was man schon ausgegeben hat. Und was zeigen die Zahlen? Es wurde - wie in den Jahren zuvor auch - deutlich weniger ausgegeben, als geplant. Nämlich rund 1 Mio Euro.

Es zeigt: Unser Haushalt hat Luft. Und nun kommen wir in Zeiten, in denen wir die Luft rauslassen und die Zahlen konsequent ehrlich darstellen müssen.

Noch 2023 hatte der Ergebnishaushalt ein leichtes Plus. Für 2026 stehen wir bei rund 1,8 Millionen Euro Minus.

Das ist keine normale Schwankung – das ist eine strukturelle Schieflage.

Und sie hat einen klaren Grund: Die Ausgaben steigen zu stark.

Besonders bei den Sach- und Dienstleistungen.

Vom Jahresabschluss 2024 bis zum Ansatz 2026 steigen die Ausgaben um **29,8 Prozent**. Im gleichen Zeitraum liegt die Inflation bei **rund 4,4 Prozent**.

Diese Zahlen stehen in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zueinander.

Bereits beim letzten Haushalt haben wir als SPD-Fraktion genau an dieser Stelle gewarnt und deutlich gemacht: Die Ausgaben steigen zu stark. Wir haben gefragt:

Wofür wird dieses Geld gebraucht?

Welche Leistungen werden ausgeweitet?

Welche neuen Aufgaben kommen hinzu? Wir wollen eine Erklärung, wenn Ausgaben so deutlich ansteigen!

Mein liebstes Beispiel bei den Sach- und Dienstleistungen: die Ausgaben im Bereich Tourismus steigen um mehr als 3000 Prozent. 3.000 Prozent! Und wir wissen nicht, wofür. Weil dazu nichts im Haushalt steht.

Bis heute fehlen uns klare Antworten. Stattdessen sollen wir pauschal mehr Geld freigeben, ein wachsendes Defizit akzeptieren und unsere Rücklagen aufbrauchen.

Und: Mit den Verpflichtungsermächtigungen wären für 2027 laut Kämmerer knapp 7,9 Millionen Euro an Krediten vorgesehen. Mindestens.

Das ist aus Sicht der SPD kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld.

Und weil Zahlen nicht lügen, lohnt auch der Blick nach außen:

Der Kämmerer plant, dass **23 Prozent** unserer gesamten Ausgaben auf Sach- und Dienstleistungen entfallen.

Marburg liegt hier bei 21 Prozent, Neustadt bei 20,3, Fronhausen bei 19 und Weimar bei 15,8 Prozent.

Diese Unterschiede werfen Fragen auf.

Wo sind wir teurer? Wo sind andere effizienter? Wie hilft konsequente interkommunale Zusammenarbeit beim Kostensenken?

Hier braucht es Ideen und gute Antworten - und nicht immer neue Ausgaben.

Die SPD-Fraktion macht heute mit einem Änderungsantrag erste Vorschläge. Die aber nicht verhindern, dass hier grundlegend etwas passieren muss.

Wir beantragen, dass die Planungskosten in 2026 für ein Dienstgebäude für die Kläranlage in Hachborn auf 50.000 Euro gesenkt wird. Analog zu den Planungskosten für die neue Kita. Für 2027 bleiben mögliche Ausgaben für das Gebäude im Haushalt stehen - werden aber ebenso wie die Kita mit einem Sperrvermerk versehen. Die Gemeindevertretung kann dann das Geld freigeben, wenn die beauftragte Variantenprüfung und die Prioritätenliste zur Beschlussfassung vorliegen.

Wir wollen generell Mittel erst freigeben, wenn die Planungen und Kosten vorliegen. Das gilt auch für den Mehrgenerationenplatz Leidenhofen, den wir sehr gut finden.

Und zentral:

Wir beantragen, dass die **Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Jahresabschluss 2024 pauschal um 15 Prozent steigen** – aber nicht um fast 30 Prozent.

Das ist realistisch. Das berücksichtigt Preissteigerungen. Und es lässt der Verwaltung Handlungsspielraum, damit sie flexibel reagieren kann – durch deckungsfähige Teilhaushalte.

Damit stellen wir sicher, dass die Verwaltung flexibel reagieren kann, Prioritäten setzen muss und dort mehr Mittel einsetzen kann, wo sie tatsächlich benötigt werden.

Und wenn sich im laufenden Jahr zeigt, dass etwas Unvorhergesehenes passiert und wir doch mehr Geld ausgeben müssen - dann hat uns das Kommunalrecht dafür Werkzeuge an die Hand gegeben, die wir nutzen können.

Unser Antrag ist kein Sparen mit der Kettensäge.

Er ist ein Angebot für eine Rückkehr zu solider Haushaltspolitik in Zeiten knapperer Kassen. Ein klares Signal: Laufende Kosten dürfen nicht unsere Rücklagen auffressen. Und die Botschaft: Egal, was dann wieder erzählt wird - wir haben den Mut, unbequeme Fragen zu stellen und Verantwortung zu übernehmen und diese immensen Kostensteigerungen und so manche Luxusidee nicht einfach durchwinken.

Denn eines ist ebenfalls klar:

Lassen wir diesen Kurs unverändert, wird der Haushalt bald genehmigungspflichtig. Dann landet unser Haushalt bei der Kommunalaufsicht. Dann werden uns irgendwann freiwillige Leistungen gekürzt. Dann entscheiden andere. Und spätestens Ende des Jahrzehnts wären unsere Rücklagen aufgebraucht.

Wir wollen das nicht. Und wir bitten Sie alle um Zustimmung, gemeinsam stärker auf unsere Geld zu achten.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Ebsdorfergrund finanziell handlungsfähig bleibt – und dass wir das Steuer auch in stürmischen Zeiten selbst in der Hand behalten.